

Ratsherr Mark Proch, NPD
Am Brunnenkamp 4
24537 Neumünster

StPr in / OSu / 1. StR / StR / 12 / 30 / 10. A
0272/2013/An

at. 23.03.16
Jei

E. 22.3.16

72.03.16

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

, den 21.03.16

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Konflikte zwischen Türken und Kurden

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 26.04.16

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung mißbilligt, die Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden, wie sie am 30. Januar 2016 in Neumünster stattfand. Der Bürgermeister wird aufgefordert, das Gespräch mit der türkischen Gemeinde zu suchen, um zu verdeutlichen, daß die Stadt Neumünster solche Konflikte ablehnt und nicht toleriert.

Begründung:

Der Konflikt zwischen Kurden und Türken ist fast hundert Jahre alt und hat seine Wurzeln im Vertrag von Lausanne, der 1923 zwischen der Türkei und den Alliierten des Ersten Weltkrieges geschlossen wurde. Immer wieder gibt es sowohl Anschläge der kurdischen PKK gegen Türken, als auch militärische Angriffe der türkischen Armee auf kurdische Siedlungen. Die Lösung dieses Konfliktes scheint in weiter Ferne.

In Neumünster haben jetzt Türken eine friedliche Demonstration von Kurden angegriffen, an der viele Frauen und Kinder teilnahmen. Als Reaktion darauf drohen nun Gewalttaten von Kurden gegen Türken. Auch wenn der Kampf der Kurden um Selbstbestimmung durchaus nachvollziehbar ist, so lehnen wir es grundsätzlich ab, daß dieser Konflikt in Deutschland auszutragen wird. 8 Millionen Türken leben in Deutschland, darunter sind etwa 500.000 Kurden. Ein Konfliktpotential, dem konsequent Einhalt geboten werden muß, damit sich kein Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden auf deutschem Boden entwickelt. Hier ist auch die Ratsversammlung gefordert, mit diesem Antrag eine deutliche Stellung zu beziehen.

Ratsherr Mark Proch (NPD)